

Aus dem Inhalt

Polen – der Abschied von demokratischen Grundprinzipien	1
Großbritannien: Exit vom Brexit?	7
EU-Jahreswachstumsbericht 2016	10
Die Zukunft der Unternehmensbesteuerung	15
Pensionssysteme im Vergleich	18
Tabakkonzern verliert Schiedsgerichtsverfahren gegen Australien	24
Buchbesprechung	27

Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Nicht nur wegen der Flüchtlingsproblematik steht die EU auch 2016 vor großen Herausforderungen. Wegen Sorge um die Rechtsstaatlichkeit in Polen hat die EU-Kommission ein Verfahren nach Art 7 des EU-Vertrags eingeleitet (F. Ey). Mit den Tusk-Vorschlägen treten die Verhandlungen über die UK-Forderungen in eine entscheidende Phase (N. Soukup, N. Templ). Während N. Templ der Frage nachgeht, ob der aktuelle Jahreswachstumsbericht auf einen Kurswechsel in Richtung Förderung der Binnennachfrage abzielt, befasst sich M. Saringer mit dem kürzlich vorgelegten EU-Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Steuervermeidung. E. Türk berichtet über das Ergebnis eines Vergleichs der unterschiedlichen Ansätze bei der Reform der Alterssicherungssysteme in Deutschland und Österreich, das auch in Brüssel zu einem Umdenken führen sollte. Erneut zeigt ein ISDS-Fall die Gefahren auf, die mit privilegierten Klagerechten für Multis einhergehen (E. Beer). Von den Risiken der Freihandelsabkommen handelt auch unser aktueller Buchtipps (E. Dessewffy).

Ihre Redaktion

Der nächste Krisenfall für die Europäische Union

Polen – der Abschied von demokratischen Grundprinzipien

Die Europäische Union wankt derzeit von einer Krise in die nächste. Derzeitiger Anlassfall: Die neue Regierung in Polen, die in atemberaubendem Tempo wichtige öffentliche Posten mit Gefolgsleuten besetzt und neue Gesetze verabschiedet, die offensichtlich die Macht der mit absoluter Mehrheit regierenden Partei „Recht und Gerechtigkeit“ absichern sollen. Im Fokus stand zuletzt eine Reform, die die Unabhängigkeit der polnischen Staatsanwaltschaft beendet und den Justizminister zum Generalstaatsanwalt macht. Zudem gibt es neue rechtliche Rahmenbedingungen für den polnischen Verfassungsgerichtshof, die für die De-facto-Handlungsunfähigkeit des Gerichtshofs sorgen sowie Mediengesetze, die die Eigenständigkeit der öffentlich-rechtlichen Sender beenden. Die EU-Kommission hat nun das schärfste Instrument, das ihr zur Verfügung steht, ausgepackt: Es handelt sich um ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags wegen der Sorge um die Rechtsstaatlichkeit in Polen. Doch hat das Verfahren überhaupt Chancen auf Erfolg?

Frank Ey

Ungarn – ein Vorbild für Polen? ■

Das Entsetzen über die Vorgänge der neuen „rechts-konservativen“ polnischen Regierung unter Ministerpräsidentin Beata Szydło ist derzeit in weiten Teilen der Europäischen Union groß. Doch ist es nicht das erste Land, das seine Strukturen von Grund auf umgekrempelt hat. Als Viktor Orbán

2010 mit einem Stimmenanteil von fast 53% eine Zweidrittelmehrheit im ungarischen Parlament errang, war das der Startschuss für umfangreiche Änderungen im institutionellen Gefüge Ungarns. Und der neue ungarische Premierminister Orbán von der konservativen Fidesz-Partei agierte ähnlich schnell und ohne ➤